

Welchen Weg wird die Arbeiterbewegung einschlagen? : Das Gespräch über unsere Zukunft

Autor(en): **Tieber, Herbert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340223>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

leicht erklärt sich gerade darin Nachfrage und «gesellschaftlicher Nutzen» dieser Gruppen. Sie sind nützlich als Angstmacher, als Bremspotential gegen fortschrittliche Lösungen und als Wegbereiter rechtsbürgerlicher Politiker – für deren Karrieren, für interessengebundene Politik.

Weniger Konkordanz, mehr Rechtsbündnisse

Angesichts der Wirtschaftskrise und der knappen Staatsfinanzen sind die politischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren härter geworden. Die Jahre der Hochkonjunktur, des Burgfriedens und der Konkordanz sind vorbei: Weniger-Staat-Marktschreier à la Bürgeraktion haben Aufschwung. 1979 stellten wir die Nachkriegs-Organisation Schweizerischer Aufklärungsdienst (SAD) noch als «Kader der Nation» vor; heute sprechen wir nur noch von «Konkordanzgärtnern». Ulrich Schlüer oder Christoph Blocher (Schlüer in den «Patrioten» von 1979 noch nicht einmal erwähnt) sind inzwischen Scharnierfiguren zahlreicher patriotischer Grüppchen weitab der Konkordanz.

Zu dieser Gewichtsverschiebung gehört, dass einerseits Konkordanz-Bündnisse seltener werden, andererseits Bündnisse weit nach rechts zustande kommen, die noch vor wenigen Jahren kaum denkbar gewesen wären.

SAD-Zentralpräsident Kurt Werner kandidiert 1983 mit Rechtsaussen auf einer Splitterliste für den Nationalrat. SAD-Ausschussmitglied Marlies Näf wird von der Nationalen Aktion, für die sie als Anwältin tätig ist, für das Bundesgericht portiert. Die Redressement-Spitze, die 1971 die Schwarzenbach-Initiative noch kompromisslos bekämpfte, kauft sich demonstrativ als Aktionäre in das Republikaner-Nachfolgeblatt «Schweizerzeit» ein. Der «Athenäum-Club» brüstet sich mit CSU-Figuren samt einem Ex-General, der wenige Jahre zuvor noch Geschäftsführer einer neonazistischen Organisation war. Nationalrat Jean-Jacques Hegg (NA), dessen Rassenbewusstsein in faschistischen Kreisen hohes Ansehen geniesst, ist Pressesprecher der Zürcher Sektion von «Ja zum Leben». Die NA selbst ist koalitionsfähiger geworden, obschon sie in ihren Reihen Rassismus und Neonazis duldet und obschon sich NA-Exponenten wiederholt Abstecher ins neonazistische Milieu leisteten. Insgesamt ist eine Bündnis-Unbekümmertheit festzustellen, die an die bedenkliche Listenverbindung der Zürcher Bürgerlichen mit den Fröntlern im Jahr 1933 erinnert. In härteren Zeiten gehen bürgerliche Kräfte wieder Verbindungen ein, die für liberale oder christliche Demokraten klar ausserhalb des bündnisfähigen Spektrums liegen müssten.

5. Auflage mit Zensurbalken

Noch ein Wort zum einzigen Prozess, den uns die «Patrioten» bisher eingetragen haben. Robert Eibel («Trumpf Buur») klagte gegen uns, hauptsächlich wegen der Feststellung im Buch, ein «Entwurf Allgöwer-Eibel» vom Juni 1940, der Postulate für die Politik der Schweiz im faschistisch dominierten Europa formulierte, sei in wichtigen Punkten weitergegangen als die berüchtigte «Eingabe der Zweihundert». Das Bezirksgericht Zürich nahm eine Wahrheitsprüfung der Behauptung vor und gab uns recht. Das Zürcher Obergericht hingegen verbot die Verbreitung dieser und weiterer Passagen, «unbekümmert um den Wahrheitsgehalt». Wir hätten Eibels Ruf, der zum Zeitpunkt der Buchpublikation intakt gewesen sei, beeinträchtigt, und Eibel stehe ein Recht auf Vergessen zu. Dieses skandalöse Urteil, das eine kritische Geschichtsschreibung und Publizistik verunmöglichen würde, ist im Moment noch nicht rechtskräftig, weil wir es ans Bundesgericht weitergezogen haben. Dennoch haben wir die laut Obergericht verbotenen Stellen wegen des finanziellen Risikos in der 5. Auflage eingeschwärzt, in der Hoffnung, diese Zensurbalken in einer späteren Auflage wieder entfernen zu können.

Jürg Frischknecht
Ueli Haldimann
Peter Niggli

Welchen Weg wird die Arbeiterbewegung einschlagen?

Das Gespräch über unsere Zukunft

Von Herbert Tieber

Überall in den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas wird derzeit über die Zukunft

der Arbeiterbewegung diskutiert. Die SPD laboriert an einem neuen Programm herum,

die SPS hat es eben erst hinter sich gebracht, und in der SPÖ hat die Diskussion unter dem

Titel «Perspektiven '90» eben erst eingesetzt. Wir werden in der «Roten Revue» diesem Thema in den nächsten Monaten besonderes Gewicht einräumen und über den laufenden Stand der Diskussionen berichten. Herbert Tieber macht den Anfang mit dem folgenden Beitrag aus der österreichischen sozialistischen Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, «Zukunft».

Parteivorsitzender Dr. Fred Sinowatz hat mit seinem Referat am Bundesparteirat Mitte September die Vertrauenspersonen, Mitglieder und Anhänger der Sozialistischen Partei Österreichs aufgefordert, an einem grossen Diskussionsprozess über unsere Zukunft mitzuwirken.

Die Einladung, mitzudenken, mizureden, mitzugestalten, war gleichzeitig, wie es dem Konzept der offenen Partei entspricht, auch an all jene ausserhalb der Partei stehenden Menschen gerichtet, die sich mit bestehenden Zuständen und erwartbaren Entwicklungen nicht zufriedengeben wollen.

Sinowatz selbst, aber auch die Redner in der auf das Referat des Parteivorsitzenden gefolgtten Diskussion haben klargestellt, dass die SPÖ mit ihrer Arbeit «Perspektiven '90» nicht das im Jahre 1978 beschlossene Parteiprogramm überwinden oder auch nur einige Absätze daraus neu formulieren will. Vielmehr wird es darum gehen – diese Aufgabe stellt sich gerade einer Regierungspartei immer wieder –, die Kluft zwischen Theorie und Praxis oder, anders ausgedrückt, die Spannung zwischen Programm und Pragmatik, zwischen kurzfristigen Sachzwängen und längerfristigen gesellschaftspolitischen Anforderungen zu überbrücken.

Für diese Arbeit bietet uns das Grundsatzprogramm mit seiner Definition der Grundwerte

Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität und vor allem mit seinem Schlüsselbegriff der «sozialen Demokratie» eine feste Orientierung.

Immer dann, wenn sich politische, ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen abzeichnen, ist die Zunahme von Unsicherheit und Verunsicherung zu registrieren. Mit anderen Worten: In einer Übergangsphase des politischen Geschehens liegen Gefahr und Chance nahe beieinander.

Bereits vor einigen Jahren, als ausgehend von konservativen Kreisen der Bundesrepublik das Wort von der Tendenzwende geprägt wurde, hat der SPD-Denker Johano Strasser formuliert: «Die Antworten auf neue Herausforderungen können unterschiedlich sein: sie können zurückführen in Nostalgie und Reaktion, sie können aus repressiver Toleranz offene Repression machen, sie können zum autoritären Staat führen, den der Sachzwang angeblich erfordert. Sie können aber auch, wenn man vor Trends nicht kapituliert, zu einer offensiven Reformstrategie führen, die Demokratie nicht einschränkt, sondern ausweitet, die im gemeinsamen Gespräch und in der gemeinsamen Aktion jene breite handlungsorientierte Solidarität herausbildet, die die Durchsetzung sozialer und ökologischer Vernunft auch gegen starke Widerstände in einem Prozess struktureller Reformen möglich macht.»

Tatsächlich geht es einer sozialistischen Partei auch darum, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich die Menschen zutrauen, mit der Zukunft fertig zu werden, etwas aus ihr zu machen. Nur dann werden sie reformfreudig sein oder bleiben. Sie werden dann nostalgisch oder reaktionär reagieren, wenn sie das Gefühl haben, niemand wisse mehr, wie die Zukunft zu meistern sei.

Die österreichische Sozialdemokratie hat im Laufe ihrer nun bald hundertjährigen Geschichte immer wieder visionäre Kraft bewiesen und sich durch perspektives Denken ausgezeichnet. Sie hat die soziale Phantasie, die in vielen Menschen schlummert, in mehrheits- und durchsetzungsfähige Konzepte umgesetzt, die eine Veränderung der Gesellschaft zum Besseren bedeutet haben.

Vor einer solchen Herausforderung stehen wir wieder. Wir sind durch unsere Geschichte, durch unsere soziale Basis und durch unser programmatisches Selbstverständnis qualifiziert und legitimiert, die reformwilligen, gesellschaftlichen Kräfte für ein Zukunftsprogramm zu mobilisieren, das den neuen Fragestellungen und Herausforderungen gerecht wird.

Unsere nun beginnende Diskussion «Perspektiven '90» wird aber auch politisch folgenreich sein müssen. Sie ist weder Wolkenschieberei noch Beschäftigungstherapie für einige Intellektuelle noch eine besonders raffinierte Form einer neuen Werbestrategie zur Rückgewinnung verlorengangener Wähler.

Die Basis unserer Diskussion

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir ein persönliches Wort: Ich fühle mich in meiner Rolle als vom Parteivorsitzenden und vom Bundesparteivorstand bestellter Koordinator der «Perspektiven '90», nicht als Leiter einer neuen Abteilung in der SPÖ, der man etwa das Türschild gibt: schöngeistiger Diskussionszirkel oder gar «Kammer für intellektuelle Selbstbefriedigung».

Ich will vielmehr das koordinierende, organisatorische Rückgrat eines Diskussionsprozesses sein, an dem möglichst viele Menschen teilnehmen: Intellektuelle, Verantwortungsträger,

Experten, aber auch der Arbeiter, der Angestellte, die Jugend, die älteren Menschen mit ihrer Lebensweisheit, die Frauen, die Mitglieder und Vertrauenspersonen der Partei und alle jene, die heute noch ausserhalb unserer Partei stehen und die sich Gedanken über ihre und unsere Zukunft machen.

Wir werden die Menschen in ihrer Nachdenklichkeit ernst nehmen, aber auch in ihren Vorbehalten gegenüber bestimmten Ausdrucksformen der Politik, der Parteien und der Politiker. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Art und Weise, wie derartige Zukunftsentwürfe diskutiert werden, genauso wichtig sind wie Inhalt und Ergebnis dieser Anstrengung selbst.

Wir halten wenig davon, angesichts dieser beschriebenen Aufgabenstellung, etwa von 52 gescheiterten Leuten ein Papier beschreiben zu lassen, das später diskutiert werden darf. Wir wollen keine Perspektiven oder Visionen verordnen, wir wollen die Themen nicht ein- und ausgrenzen. Die Basis unserer Diskussion mit den Menschen sind die Probleme unserer Zeit, ist unser Parteiprogramm aus dem Jahre 1978 und die dort festgeschriebenen Grundsätze der Sozialdemokratie.

Wir werden in unserer Diskussion, die am Beginn und am vorläufigen Ende sich innerhalb der grossen Sozialistischen Partei abspielen wird, die vielfältigsten und auch bunte Formen des politischen Diskurses anwenden, solche auch erproben. Ich bin überzeugt davon, dass sich im Zuge dieses Diskussionsprozesses auch wie selbstverständlich neue Formen der innerparteilichen Demokratie herausbilden werden, für die wir schon vor nahezu zehn Jahren einen geeigneten statistischen und organisatorischen Rahmen konstruiert haben.

Ziel der Ideologiedebatte

Eine offene Partei wie die SPÖ wird sich auch nicht scheuen, den Ideenwettbewerb mit ihren politischen Konkurrenten aufzunehmen. Die ÖVP etwa hat sich von einigen Experten den Entwurf für ein Zukunftsmanifest erarbeiten lassen, den sie nun in ihren Organisationen zur Diskussion stellt. Es wird sicher Gelegenheit geben, sich damit ernsthaft und seriös auseinanderzusetzen. Wichtig wird sein, dass wir genau herausarbeiten, was davon modischer Populismus, blosser Progressivjargon, was handfeste konservative Ideologie ist, aber auch, was von den Analysen im Zukunftsmanifest der ÖVP tatsächlich veränderungswürdige Zustände in Staat und Gesellschaft trifft.

Es ist deutlich zu merken: Der politische Gegner benutzt Übergangsphasen des politischen Geschehens dazu, auf un-

sere Kosten ideologisch Raum zu gewinnen. Das ist legitim und Bestandteil des politischen Lebens in einer Demokratie. Das bedeutet aber für die SPÖ, dass sie um so fester und deutlicher ihre eigenen lang- und mittelfristigen Ziele erarbeiten muss.

Dies wiederum kann weder mit der linken Hand der Regierungsmannschaft noch von abgehobenen «Zukunftsbeauftragten» geleistet werden.

War Politik für die Menschen in Zeiten legitim, in denen die Bedürfnisse der Menschen eindeutig waren, so ist Politik mit den Menschen nicht nur demokratisches, sondern zwingendes Gebot, wenn Bedürfnisse, Werte und politische Ziele neu definiert werden.

«Wenn wir die Zukunft nicht bewältigen, werden wir sie später erleiden.» Einem solchen Schicksal dürfen wir uns gar nicht erst aussetzen.

Gedanken zur Zukunft der SPS

Sozialdemokratie an der Wende oder wendige Sozialdemokraten?

Von Nationalrat René Longet

Viel Staub und auch viele Emotionen wurden 1984 in unserer Partei aufgewirbelt. Ja, ein Wirbelwind fegte durch die altehrwürdige SPS und liess viele zittern: Gehen wir, oder gehen wir nicht?

Jetzt hat sich der Sturm gelegt. Doch was blieb? Etwas schlechtes Gewissen? Man kann heute nicht einmal sagen, welche Seite ihren Pyrrhussieg feiern

darf . . . , und doch ist eines klar: das Ganze war nicht unnütz. Denn die gute alte SP, die braucht man noch im Lande – aber welche SP?

Wir wissen nun, dass das Grundproblem der SP kein formelles ist, z.B. wie Regierungsbeteiligung ja oder nein, sondern ein inhaltliches. Wir fühlen alle, dass unsere Aufgabe eine wesentliche ist, aber wir ha-